

# Calmer Calmbach

Nr. 158. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang.

Verlagspreis: In der Stadt mit Trägerlohn RM. 12.90 vierteljährlich. Postbezugspreis RM. 12.00 mit Befehlgeb. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Die politische Ausbeutung der Leipziger Kriegsbeschuldigtenprozesse durch die Entente.

Brüssel, 9. Juli. (Agence Belge.) Der französische Botschafter hat an den Minister des Aeußern das Ersuchen gerichtet, nach dem Willen Frankreichs davon absehen zu wollen, weiterhin eine Mission von Prozessgenossen vor dem Reichsgericht in Leipzig betreiben zu lassen.

## Ein Vorwand für die Aufrechterhaltung der Sanktionen.

Paris, 8. Juli. Infolge der Freisprechung des Generals Stenger hat die französische Regierung, wie der „Matin“ meldet, beschlossen, die französische Mission, die den Auftrag hatte, den Verhandlungen vor dem Reichsgericht in Leipzig zu folgen, abzurufen. Ministerpräsident Briand hat die englische und die belgische Regierung aufgefordert, ebenfalls in Zukunft keine Missionen mehr nach Leipzig zu senden.

Der „Petit Parisien“ beschäftigt sich gleichfalls mit dem Urteil des Reichsgerichts in Leipzig und sagt, die französische Regierung werde zweifelsohne sofort bei ihren Alliierten und auch bei der deutschen Regierung gegen die Urteile protestieren und eine juristische Prozedur aufhalten, die man mit Recht als eine Farce bezeichnet. Aber es gebe noch eine zweite Konsequenz, die die Sanktionen betreffe. Man habe den guten Willen der deutschen Regierung Wirth, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, anerkannt. Man habe auch erklärt, daß es recht und billig sei, die wirtschaftlichen Sanktionen in naher Zukunft aufzuheben. Es gebe aber eine Sanktion, die dieser Tätigkeit keinen Schaden zufüge, das sei die Besetzung der drei Höfen Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg nach dem, was sich in Leipzig abspielte, und da die Frage der Kriegsbeschuldigten noch immer ungelöst bleibe, werde es nicht schwierig sein, den Zeitpunkt abzusehen, an dem die drei Rheinhöfen geräumt werden. Frankreich dürfe nicht darauf verzichten, wirtschaftlich mit Deutschland zusammenzuarbeiten, aber es dürfe auf keine einzige seiner Sicherheiten verzichten.

Nach verschiedenen Meldungen aus Paris und Brüssel scheint man in dortigen politischen Kreisen mit der Durchführung der Leipziger Kriegsbeschuldigtenprozesse nicht zufrieden, d. h. sogar sehr unzufrieden zu sein, insofern als sie einen willkommenen Anlaß zur politischen Ausbeutung geben und besonders den Franzosen als Grund zur Aufrechterhaltung der Sanktionen dienen können. Daß es diesen weniger am Recht als um Rache bei der Durchführung der Prozesse zu tun war, ist bekannt und selbstverständlich. Die deutsche Regierung wird sich auf neue außen- und innenpolitische Schwierigkeiten vorbereiten müssen, da von Frankreich aus wahrscheinlich eine Wiederaufnahme des Verlangens nach Auslieferung der Kriegsverbrecher zu erwarten ist. Belgien scheint in diesem Falle mit Frankreich gehen zu wollen; Italien hatte sich bekanntlich bereits zurückgezogen und England schweigt sich noch aus.

Bern, 9. Juli. Der Berliner Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Zeitung“, Alverin, schreibt zu dem Leipziger Verhandlungen: Jeder neue Prozeß zwingt zu dem Bekenntnis, daß es im höchsten Grade unzulässig war, durch den Versailler Vertrag den Besiegten eine Pflicht aufzulegen, die die Sieger für sich nicht anerkennen. Wenn bei den Alliierten nicht freimütig über diese Ungleichheit gesprochen wird, dann muß ein Zerwürfniß entstehen, das die Versöhnung der Völker sehr erschwert.

## Eine beschwichtigende deutsche Falschmeldung und deren Berichtigung.

Leipzig, 9. Juli. Senatspräsident Dr. Schmidt, der Vorsitzende in dem gegenwärtigen Kriegsbeschuldigten-Prozeß vor dem Reichsgericht, erklärte einem Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, daß die Verhandlungen nach der Abberufung der französischen Vertreter und Zeugen ruhig ihren Fortgang nehmen würden. Die französischen Vertreter — fast ausschließlich Juristen — hätten sich in äußerst korrekter Form von ihm verabschiedet und dabei ausdrücklich festgestellt, daß die Abberufung der Zeugen nicht von ihnen veranlaßt worden sei, sondern lediglich von dem französischen Konsul, und sie hätten ihre Erklärungen über diesen Schritt nicht ganz unterdrückt.

Berlin, 10. Juli. In einer Meldung aus Leipzig vom 8. ds. Mts. war eine Aeußerung des Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Dr. Schmidt, wiedergegeben worden, die dieser gegenüber dem Vertreter eines dortigen Blattes getan hat. Nach dieser Meldung konnte

der Eindruck entstehen, als ob die Vertreter der französischen Regierung sich persönlich von Dr. Schmidt verabschiedet und dabei festgestellt hätten, daß die Abberufung der Zeugen nicht von ihnen veranlaßt worden sei, sowie daß sie ihre Erklärungen über diese Abberufung der Zeugen nicht verhehlt hätten. Die Aeußerungen des Senatspräsidenten sind offenbar in einigen Punkten mißverstanden worden. Tatsächlich haben die französischen Regierungsvertreter sich von dem Senatspräsidenten nicht persönlich verabschiedet, sondern ihm nur einen Brief überreichen lassen, in dem sie mitteilten, daß die Delegierten von ihrer Regierung den Befehl zur sofortigen Rückkehr nach Paris erhalten hätten und daß der französische Generalkonsul in Leipzig gleichfalls auf Befehl der französischen Regierung sämtliche Zeugen aufgefordert habe, unverzüglich nach Frankreich zurückzukehren.

## Der englische Generalkonsul auf der Fahrt nach Leipzig.

London, 9. Juli. (Reuter.) Der General-Konsul Sir Ernest Pollard ist nach Leipzig gereist im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die beiden deutschen Offiziere wegen Versenkung des Hospital-Schiffes „Mandover Castle“.

## Die Lage in Oberschlesien.

London, 9. Juli. Der Korrespondent der „Times“ meldet aus Katowitz, die Liquidation des polnischen Aufstands sei mehr pro forma als de facto erfolgt. Im östlichen Teil des polnischen Aufstandsgebietes sei z. B. der größte Teil der von Korsanty organisierten Verwaltung noch in Tätigkeit.

Deutchen, 9. Juli. Die christlichen Gewerkschaften haben an die interalliierte Kommission ein Schreiben gerichtet, in dem sie sich gegen die Unterstellung wehren, daß ein Deutscher der Mörder des Majors Montalegre sei. In der Eingabe wurde aufs schärfste dagegen protestiert, daß man in Deutchen vorgehe, wie in einem Lande, in dem der Kriegszustand herrsche. Es wird von der interalliierten Kommission verlangt, die Ergebnisse der Untersuchung, die von den Franzosen erziel worden sind, den deutschen Behörden zur Kenntnis zu geben, damit es möglich ist, die Täter zu ermitteln.

## Ein Sendschreiben des apostolischen Kommissars.

Berlin, 10. Juli. Laut „Germania“ wird in den Kreisen Oberschlesiens heute ein Schreiben des apostolischen Kommissars, Monsignore Digno Serra verlesen, worin der Prälat zur Mäßigung und Versöhnung mahnt sowie aufs schärfste das Treiben der polnischen Priester verurteilt, die unangeben ihres heiligen Amtes, sogar mit eigenen Händen, die doch mit dem heiligen Öl geweiht sind, Waffen führen oder Truppenkommandanten spielen oder zu Blutvergießen auffordern.

## Briand über die Lösung der oberschlesischen Frage.

Paris, 8. Juli. Die Delegierten der Gruppe der Freunde Polens berichteten Briand über die Lage in Oberschlesien und besonders über die Ermordung des Kommandanten Montalegre. Briand antwortete, er hoffe, daß er demnächst den Bericht der interalliierten Kommission erhalten werde, der eine Lösung für die gerechte Teilung der oberschlesischen Gebiete vorsehe. Die ins Auge gefaßte Lösung stimme nach den bereits eingegangenen Meldungen mit den von ihm von der Kammertribüne aus erläuterten Gesichtspunkten überein. Briand versprach, in dieser Angelegenheit im Parlament eine Erklärung abzugeben, wenn dieses sich über die Vorschläge äußere, über die die Abstimmung noch vor Schluss der Session vorgenommen werden müsse. Was die Ermordung des Kommandanten Montalegre anbetreffe, so werde es schwierig sein, in Anbetracht der Umstände, unter denen das Attentat stattgefunden habe, den Täter zu ermitteln.

## Erntehilfe in Oberschlesien.

Die Wehrkreise II—VII haben 60% der zur Ausmusterung kommenden Pferde für Vergütung der Ernte in den nicht von den Polen besetzten Gebieten Oberschlesiens bereit zu stellen. Aus dem Wehrkreis V wird der Abtransport dieser Pferde an die Kommandantur Breslau erfolgen, durch die die Uebergabe an die oberschlesische Nothilfe vorgenommen werden soll.

## Aus dem besetzten Gebiet. Die Gewalt Herrschaft der Entente. Ausbeutungspolitik.

Frankfurt a. M., 9. Juli. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ haben die Franzosen im Frankenthaler Stichtal eine Rhein Zollgrenze errichtet, an der sie ganz willkürlich einen Verkehrsoll von einer Mark für jede Tonne Wasserfracht erheben. Neben der ungerechten Preisbelastung der Waren bringt diese Zollrevision große Verluste im Schiffsfahrtsbetrieb und vielfach Verkehrsstörungen mit sich infolge der recht umständlichen Zollabfertigung. Ganz besonders empfindlich werden die Kohlentransporte mit ihrem Massenverband betroffen,

die bei ihren großen Kahnladungen von 15—20 000 Tonnen erhebliche Zollbeträge zahlen müssen. Verschiedene Reedereien und Wassertransportgesellschaften haben sich wegen dieses willkürlichen Zolls schwerbeschwerend an die Reichsregierung gewandt.

Mainz, 9. Juli. Die Rheinlandkommission hat, dem „Echo du Rhin“ zufolge, am 7. Juli die Ausweisung von 13 Personen aus dem besetzten Gebiet verfügt mit der Begründung, daß ihr Verbleiben geeignet sei, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden.

Mainz, 9. Juli. „Echo du Rhin“ empfiehlt den französischen Importeuren, wegen Abschwierigkeiten Vorsicht bei der Einfuhr in das besetzte rheinische Gebiet und über als Grund für den mangelnden Absatz die von Deutschland in der neuen Sanktionslinie errichtete Ueberwachungsline und den verzerrten Preisstand der Markt an. Die französischen Kaufleute mögen sich aber nicht entmutigen lassen, denn die Lage werde sich bessern und ein wirtschaftliches Uebereinkommen mit Deutschland sei trotz der aus dem Reparationsproblem sich ergebenden Schwierigkeiten wahrscheinlich.

## Gegen die Sanktionen.

Köln, 9. Juli. Auch die Kölner Handelskammer beschäftigte sich gestern mit der Frage der Sanktionen. Der Vorsitzende, Geh. Kommerzienrat Hagen, wies in einer längeren Ansprache auf die verderblichen Folgen der Sanktionen hin, die noch verstärkt würden durch die eventuelle Zahlung der Ausfuhrabgabe von 26 Prozent und durch die Lage Oberschlesiens. Der Vorsitzende der Handelskammer wurde hierauf beauftragt, in einer Eingabe an die Rheinlandkommission zu erklären, daß keinerlei Verantwortung nach irgend einer Richtung hin mehr für die Erfüllung des Ultimatus und für die Fortdauer der Geschäfte in den Rheinlanden übernommen werden könne, wenn nicht in der kürzesten Frist die Sanktionen aufgehoben werden.

Besdorf, 9. Juli. Die 16. Generalversammlung des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter Deutschlands fordert in einer Entschließung die Aufhebung der Sanktionen am Rhein, die in schroffem Gegensatz zum Völkerrecht stünden und eine schwere Gefahr für Handel und Gewerbe des besetzten Gebietes bildeten. In einer zweiten Entschließung fordert die Generalversammlung mit größter Entschiedenheit von der Entente die sofortige Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände in Oberschlesien, damit die Bevölkerung Oberschlesiens wieder ein menschenwürdiges Dasein führen könne.

## Die politische Lage.

### Um den Frieden zwischen Deutschland und Amerika.

Paris, 9. Juli. Wie „Newport Herald“ meldet, ist Präsident Harding dem Hughes'schen Entwurf eines abgeänderten Friedensvertrages von Versailles wohlgesonnen. Auch in amtlichen französischen Kreisen sei man von dem Entwurf bis auf die Streichung der auf die Grenzen Deutschlands bezüglichen Teile des Versailler Vertrags besriedigt.

### Amerika und der Versailler Vertrag.

Paris, 11. Juli. „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, Präsident Harding sei zwar der Wiedereinbringung eines radikal abgeänderten Versailler Vertrags geneigt, doch werde kaum etwas geschehen, ehe nicht die Antwort der Alliierten auf den amerikanischen Einspruch gegen die Mandatsverteilung durch den Völkerrund eingegangen sei. Der Generalanwalt Daugterry habe dem Kabinett einen Entwurf für die Friedensproklamation vorgelegt, doch werde bezweifelt, daß die Angelegenheit schon völlig reif sei. Inzwischen wisse man in amtlichen Kreisen nicht, ob die Vereinigten Staaten sich im Frieden mit Deutschland befänden oder nicht. Der Präsident sei der Ansicht, daß der Frieden hergestellt worden sei, als er die Resolution des Kongresses unterzeichnet habe. Gewisse Kabinettsmitglieder seien aber im Zweifel, ob eine weitere Frist zur Feststellung eines technischen Friedenszustands nötig sei oder nicht.

### Die orientalische Frage.

London, 9. Juli. Reuter meldet aus Konstantinopel, daß die Besprechungen bezüglich einer Zusammenkunft zwischen General Harrington und Mustafa Kemal Pascha mit Rücksicht auf die gestern veröffentlichte Note des türkischen Führers abgebrochen wurden.

London, 9. Juli. Das Parlamentsmitglied General Tomson sagte in einem Brief an seine Wähler, er beabsichtige, in privater Eigenschaft nach der Türkei zu gehen, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß England in einen neuen Krieg mit der Türkei verwickelt werde.

Konstantinopel, 9. Juli. (Agence Havas.) Die Griechen haben Jalova geräumt.

in Dienstadt  
V. „Solbarrität“  
Zeige!  
17. Juli ds. Jrs.  
Stiftungsfest  
ung:  
u. für Bundesmitglieder,  
offen für Jedermann.  
amfahren.  
Korso.  
end:  
fahren, Radballspiel,  
ttee.  
unde und Bekannte zu  
12. Juli 1921, Hal-  
s=Feier  
in Bittlingen  
Paul Stanger,  
Kanele Buch.  
12 Uhr.  
jeder besonderen Ein-  
wollen.  
Kleemann.  
Weltbahnjoppen  
gl. Lederhosen  
Hosen  
Antags-Hosen  
n, für Knaben,  
Herren  
Posten  
Anzüge  
Mark.  
rg!  
Empfehlung!  
garen in allen  
gen.  
che Zigaretten:  
Mille 240—260 M.  
255  
430  
400  
320  
Wills Goldflacke  
ster Woche.  
Schnupftabak.  
end  
Tabakwaren-  
Großhandlung.  
le, Calw.  
Dollstoffe  
28.50, 31.50  
n Eichen-  
Schmittware  
und 60 Millimeter,  
selbe auch im Detail  
auf  
Bad Zeinaach

**Englands Furcht vor den Bolschewiken.**  
Paris, 11. Juli. Habas meldet aus Konstantinopel: Die englische Polizei fährt fort, gewisse russische Kreise zu überwachen, die als aktive bolschewistische Propagandaverbreiter betrachtet werden. Unter den letzten Verhafteten sind etwa 40 Russen, darunter 3 Chefs der Handelsmission aus Tiflis, gegen welche schwere Anklagen erhoben sind. Die Verhaftungen sind an Bord eines englischen Transportschiffes.

**Ausland.**  
**England und Irland.**  
London, 9. Juli. In dem Antwortwort, das Lord George auf die Einladung zur Konferenz in London heißt es im Eingange, der von Lord George im Namen der britischen Regierung ausgesprochene Wunsch, den Jahrzehnte währenden Zwist zwischen den Völkern der beiden Inseln zu beenden und Beziehungen einer nachbarlichen Harmonie herzustellen, sei auch der aufrichtige Wunsch des irischen Volkes.  
Dublin, 9. Juli. Reuter. Als der Lordmayor die Erklärung des Welfenstandes in Irland der vor dem Stadthaus harrenden großen Menschenmenge verkündete, brach die Menge in lebhaftes Jubelgeräusch aus und sang patriotische irische Lieder. Devolera, der das Stadthaus verließ, wurde mit losenden Zurufen begrüßt und hatte die größte Mühe, zu seinem Wagen zu kommen. Beim Erscheinen des Generals Macready, Oberkommandierender in Irland, erkundten teilweise freundliche Rufe, teilweise waren aber auch Flüsse zu hören.  
London, 9. Juli. Die Morgenblätter, mit Ausnahme der „Morning Post“, die in der irischen Frage eine besondere Stellung einnimmt, verzeichnen mit Genugtuung den Abschluß einer Waffenruhe mit Irland.

**Neue Unruhen in Irland.**  
London, 11. Juli. In Belfast fanden gestern um Mitternacht und in den ersten Morgenstunden heftige Angriffe auf Polizeipostenkassen statt. Dabei wurden ein Polizist und vier Zivilpersonen getötet und zwei Polizisten und mehrere Zivilpersonen verwundet. In einem Stadtviertel war noch am späten Nachmittag eine heftige Schießerei im Gange.  
**Um die internationale Abrüstung.**  
London, 9. Juli. Wie Reuter erfährt ist von der englischen Regierung der amerikanischen Regierung in der Frage der Beschränkung der Rüstungen kein amtlicher Vorschlag gemacht worden. Diese Frage sei aber zwischen der englischen Regierung und den diplomatischen Vertretern Amerikas, Japans und Chinas in London erörtert worden. Diese seien über die Geneigtheit der englischen Regierung, einen Vorschlag der Washingtoner Regierung gerne entgegenzunehmen, vollkommen unterrichtet.  
London, 10. Juli. (Reuter.) Präsident Harding hat eine Konferenz zur Beratung über die Frage der Einschränkung der Rüstungen vorgeschlagen.

**Abrüstung und Politik im fernen Osten.**  
London, 11. Juli. Das Reuterische Büro meldet: Infolge des Meinungswechsels mit den Vereinigten Staaten, Japan und China, der nach der Erörterung über die Politik im fernen Osten und im Stillen Ozean seitens der augenblicklich in London tagenden Reichskonferenz der Premierminister besprochen wurde, hat Präsident Harding die Initiative ergriffen, indem er eine Konferenz über die Beschränkung der Rüstungen vorschlägt. Dieser Konferenz sollen Besprechungen über die Frage des fernen Ostens u. des Stillen Ozeans zwischen den am meisten beteiligten Mächten vorangehen. Lord George wird heute Montag im Unterhaus eine Erklärung abgeben.

**Mittel- und Südamerikanische Staaten gegen die Schutzzollpolitik der Union.**  
Paris, 9. Juli. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington haben mehrere auswärtige Mächte beim Staatsdepartement in den letzten Tagen gegen das beabsichtigte Schutzollgesetz Einspruch erhoben. Der Einspruch wurde von den diplomatischen Vertretern der betroffenen Länder überreicht, hauptsächlich von Argentinien, Kuba, San Salvador und Costarica. Frankreich habe amtlich gegen den Gesekentwurf noch nicht protestiert.  
**Am das Attentat auf den Prinzregenten von Serbien.**  
Wien, 11. Juli. (Wiener Korrespondenz.) Die auf Ersuchen der jugoslawischen Behörden in Wien geführte Untersuchung hat keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, daß das Attentat gegen den Prinzregenten Alexander in Wien vorbereitet worden wäre. Auch für die Tätigkeit einer Moskauer Sowjetkille oder den Bestand einer Schule für Propaganda der Tat hat die Untersuchung nicht das geringste ergeben.

**Deutschland.**  
**Ein neues deutsches Schiffsverkehrsunternehmen.**  
Unter Beteiligung Hamburger Kaufleute und Reedereibetriebe ist in Stettin unter der Firma Deutsche Orient-Linie ein neues Reedereunternehmen ins Leben gerufen worden, das zunächst einen regelmäßigen Frachtdampferdienst nach dem Schwarzen Meer unter Danziger Flagge einrichten wird.  
**Die Drahter städt. Gasarbeiter gegen den Streik.**  
Berlin, 9. Juli. Laut „B. Z.“ hat nach den bisher vorliegenden Nachrichten bereits über die Hälfte der städtischen Gasarbeiter für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit gestimmt. Die den Arbeitern gewährte Lohnzulage von 75 Prozent entspricht etwa einer Erhöhung des Stundenlohnes um 30 Pfennig.  
**Geldforderungen gegen die ehemaligen Feindstaaten.**  
Auf Grund einer Vereinbarung mit den gegnerischen Auslandsämtern steht eine Ausdehnung der Anmeldeverordnung in dem Sinne bevor, daß auch Forderungen des Deutschen Reiches

und der deutschen Länder im Ausgleichsverfahren geltend zu machen sind, wenn diese Forderungen auf Privatrecht beruhen. Die Frist für die Anmeldungen ist bis 30. September ds. Js. verlängert worden. Die Anmeldung gilt auch für Forderungen aus gewerblichen, literarischen und künstlerischen Schutzrechten, die von Sondermaßnahmen der feindlichen Staaten betroffen wurden.

**Die Konferenz der Ernährungsminister.**  
(S. 2.) Stuttgart, 8. Juli. Die Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister hat am Freitag vormittag unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes hier begonnen. Sie beschäftigte sich neben Fragen der Aufhebung der Zuckerverbrennung und der Bestimmungen über den Erlaubniszwang für den Handel mit Lebens- und Futtermitteln, in der Hauptsache mit der Frage der Produktionsförderung, speziell mit der Stundbündigerzeugung. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Staatspräsident Heiber die Vertreter des Reiches und der einzelnen Länder. Die Konferenzen der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister, so führte er aus, sind ein Ausdruck und eine Bedingung der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit und des Zusammenarbeitens der Länder untereinander und mit dem Reich. So verschieden auch die Verhältnisse in den einzelnen Ländern sind, so hat doch die gemeinsame Not und Sorge uns zusammengebracht und mit starken Vätern zu gemeinsamer Arbeit umschlungen. Das, was man Zwangswirtschaft nennt, das geht ja allmählich Schritt für Schritt seinem Ende entgegen. Auch diejenigen, die die Zwangswirtschaft leidenschaftlich bekämpft haben, werden bei einem Rückblick auf die vergangene Zeit geneigt sein, zu sagen, daß auch sie, wenn sie die Verantwortung zu tragen hätten, im Großen und Grundschätzlichen nicht anders hätten verfahren können. Aber sicher ist auch, daß die Zwangswirtschaft gegen den wachsenden Widerstand der Erzeugerkreise und vielfach auch der Verbraucherkreise dauernd nicht aufrecht zu erhalten war. Auf seinem Gebiet des öffentlichen Lebens lassen sich Zwangswirtschaften gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung aufrecht erhalten. Die Fragen der Zwangswirtschaft räumen nunmehr den Platz den Fragen der Finanzierung und vor allem der Hebung der Produktion. Das sind ja auch die Fragen, denen Ihre Beratungen gewidmet sind. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß Ihre Beratungen über diese wichtigen Dinge von Erfolg begleitet sein werden. Reichsminister Dr. Hermes erwiderte auf diese Begrüßungsworte: Ich danke dem Herrn Staatspräsidenten im Namen der Konferenz aufrichtigen Dank ausprechen für die freundliche Begrüßung, die er an uns gerichtet und darf ihm und den würdigen Herren versichern, daß wir gerne hierher gekommen sind, nicht bloß wegen der Schönheit der Stadt und des Landes, sondern vor allem auch, weil wir wissen, daß die würt. Landwirtschaft von jeher einer fortschrittlichen Entwicklung geneigt gewesen ist, und daß manche Entdeckungen und Verbesserungen für die Landwirtschaft von hier aus ihren Weg genommen haben. Auch deshalb sind wir gerne hierher gekommen, weil das schöne würt. Land ein Beispiel ist für eine glückliche Zusammenarbeit von Industrie und Landwirtschaft. Wir freuen uns insbesondere auch an der allberühmten Stätte landwirtschaftlich-wissenschaftlicher Kultur, Hohenheim, persönliche Eindrücke von der Tätigkeit dieser Stellen zu erhalten. Der würt. Staatspräsident hat mit Recht darauf verwiesen, daß mit dem zum großen Teil durchgeführten Abbau der Zwangswirtschaft und der inzwischen bereits in die Wege geleiteten, aber weit intensiver zu gestaltenden Förderung der Produktion die Konferenzen der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister an einem Wendepunkt stehen. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß gerade die Stuttgarter Konferenz in dieser Richtung eine erste wertvolle Etappe sein möge, in dem Sinne, daß nunmehr mit allem Nachdruck an die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion herangetreten wird. So werden unsere Konferenzen aus Diskussionen über den Abbau der Zwangswirtschaft zu einem engen Zusammenwirken im Geiste positiver landwirtschaftlicher Aufbauarbeit. Wir treten zusammen in der festen Überzeugung, daß die Lösung dieser großen Aufgabe eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Wiederaufstieg unseres armen, schwergeprüften Vaterlandes ist. In diesem Sinne wollen wir in unsere Beratungen eintreten.  
Reichsminister Dr. Hermes gab heute den Vertretern der Stuttgarter Presse Auskunft über wichtige Fragen des ganzen Ernährungs- und Landwirtschaftsproblems. Er führte etwa aus: Wir treten mit der Stuttgarter Konferenz an der Einleitung einer neuen Periode der Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern auf dem Gebiet der Ernährungs- und Landwirtschaft. Wir haben in der Hauptsache den Abbau der Zwangswirtschaft durchgeführt, bis auf Getreide und Zucker. Bei Getreide ist die Zwangswirtschaft sehr gelockert. Die Konferenz hat in der Frage der Zuckerverbrennung heute mit überwältigender Mehrheit ein Votum angenommen, daß im Hinblick auf die zu verzeichnende Vermehrung des Rübenanbaus und damit der Verdrängung des Inlandsbedarfes an Zucker aus der neuen Ernte die Zuckerverbrennung auf 1. Oktober aufzuheben ist. Ich werde als Minister diesem Votum Rechnung tragen und die nötigen Schritte einleiten und hoffe, daß es möglich sein wird, die Zuckerverbrennung zu beenden. Das Gesetz über das Umlagegetreide ist viel umstritten. Es hat sich bei den Auseinandersetzungen gezeigt, daß sehr viele Kreise der Verbraucherschaft sich über die wirklichen Zusammenhänge auf dem Gebiete der Ernährung noch nicht volle Rechnung abgelegt haben. Wir sind von der allen starken Zwangswirtschaft abgesehen, nicht wegen der zunehmenden Abneigung der Landwirte, sondern aus Gründen der Produktionsförderung. Wenn die deutsche Landwirtschaft 2 1/2 Millionen Tonnen Getreide abgefördert hat, so ist der Rest für sie frei. Für nächstes Jahr ist noch ein Beschluß des Reichstags nötig. Das Umlageverfahren bedeutet den Übergang zur freien Wirtschaft. Unserer Politik ist vorgeworfen worden, sie sei zu agrarisch orientiert. Dieser Vorwurf ist aus einer unvollständigen Beurteilung der Verhältnisse entstanden. Auf der heutigen Ministerkonferenz kam von allen Seiten zum Ausdruck, daß wir alles daran setzen müssen, daß wir die heimische Produktion fördern. Im Rahmen der Zwangswirtschaft ist dies nicht nachhaltig möglich. Der Wiederaufbau ist eine Frage, die die

Landwirtschaft ganz besonders berührt. Dies zeigt sich an der Ernteproduktion. Wir erzeugen heute 300 000 Tonnen reinen Stickstoff, während wir 1913 noch 200 000 Tonnen produzierten. Wir sind also über das Friedensquantum hinaus. Wir haben auch im abgelaufenen Jahr (1. Juni 1920 bis 31. Mai 1921) der Landwirtschaft mehr Stickstoff als 1913 zugeführt. Darauf ist zurückzuführen, daß wir mit einer gewissen Hoffnung der steigenden Ernte entgegenzusehen. Der Minister bedauerte, daß er auf seiner Fahrt ins Allgäu in Bayern und Württemberg so viel verbagelte Getreide erblenden mußte. Auch in der Phosphorsäure ist eine ganz wesentliche Vermehrung gegenüber dem Vorjahr erreicht worden. In Thomaschlacke wurde das 10-11fache des Vorjahres eingeführt. Die Düngerversorgung ist gleichfalls gut, so daß insgesamt eine gewisse Garantie für die Intensivierung der Landwirtschaft gegeben ist. Zukunftsmaßnahmen der Konferenz durch Verwendung von Kunstdünger weit über das Friedensmaß hinaus gefördert werden. Die beste Weg, um dies zu erreichen, ist die Schaffung von Versuchsstationen. Die intelligentesten Bauern sollen Konsumdünge erhalten um der Bauernschaft vorbildlich in der Produktionsförderung vorzugehen. Mit den Ländern wird eine gemeinsame Kommission gebildet, das Reichsministerium hat nur allgemeine Richtlinien aufzustellen, während die lebendige Tätigkeit der Länder die Sache zu fruchten soll. Die Düngerversorgung ist zunächst die wichtigste, sie wird jedoch nur eine Etappe sein, um die Gesamtwirtschaft der Landwirtschaft zu heben. In der Frage der Brotversorgung, die schwer und erst jetzt, kann man bei aller Schwierigkeit doch die Erwartung aussprechen, daß der Übergang in das neue Wirtschaftsjahr sich glatt vollzieht, daß die Brotversorgung auf der alten Höhe erhalten und womöglich noch verbessert wird. Auf Anfrage erklärte der Minister noch zur Brotversorgung: Ich halte eine Politik in Deutschland für notwendig, die allmählich zu normalen Verhältnissen führt. Wir müssen aus dem Zwang und der Zuckerverbrennung heraus, die eine Verschlechterung der tatsächlichen Verhältnisse bringen. Daß der Abbau bei der Landwirtschaft Verfall findet und bei den Verbrauchern Wertschwund auslöst, liegt in der Natur der Sache. Die staatliche Wirtschaft in der Brotversorgung können wir nicht aufrecht erhalten, denn sie bringt dauernden Rückschlag der Produktion. Die Freigabe der Zettelsversorgung hat gezeigt, wie wir zu einer Gesundung kommen. Bisher mußten wir große Teile des Getreides einführen. Für das neue Wirtschaftsjahr ist ein Import von 18 Millionen Tonnen vorgesehen, d. h. erheblich weniger als im Vorjahr. Die 2 1/2 Millionen Tonnen Umlagegetreide erhalten wir zu einem Preis, der kleiner ist als die Hälfte des Preises für Auslandsgetreide. Inlandsgetreide wird mit 2100 M. die Tonne bezahlt, Auslandsgetreide kostet 4600 bis 5000 M. Im Vorjahr mußten 10 Milliarden Mark aus Reichsmitteln für Verbilligung des Auslandsgetreides verwendet werden. Der Abbau dieser Verbilligungsaktion muß eine Preissteigerung erforderlich, bei der Preise des Inlandsgetreides. Ich habe vorgeschlagen, nicht der Erhöhung des jetzigen Brotpreises bis zu 50 Prozent zu gehen. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags beschloß eine Erhöhung bis zu 40 Prozent. Das Reichskabinett wird sich noch mit der Frage beschäftigen. Die Preissteigerung ist ein durch den Import notwendig, wenn die Zufuhraktion des Reiches nicht eingeschränkt werden. Auf anderen Gebieten wird eine gewisse Erleichterung eintreten. Die Vieh- und Fleischpreise haben sich gesenkt. Wir müssen durch die kommende Periode hindurch, um die landwirtschaftliche Produktion zu heben.  
Zur Frage der Wirtschaft führte Reichsminister Dr. Hermes aus: Auch auf diesem Gebiete müssen wir zu einer Ruck-Entwicklung kommen. In weiten Kreisen besteht noch nicht das genügende Verständnis über die beste Verwertung der Milch. Es schwört uns ein großes Projekt vor, im Norden und Süden ein großes modernes landwirtschaftliches Institut zu schaffen, das die Aufgabe hat, Zentralpunkt zu werden für alle großen landwirtschaftlichen Fortschrittskonzentration ist hierzu nötig. Das Vorbild Dänemarks, das den Buttermarkt in England erobert hat, müssen wir uns vor Augen halten. Die Frage des Saatgutes ist ebenso wichtig. Wir müssen unsere Landwirtschaft mit mehr rationalen und industriellen Methoden versehen. Die Züchtung von hochwertigen Pflanzen muß in Auge behalten werden. Der deutsche Zuckerrübenanbau, der einst über die ganze Welt ging, muß gepflegt werden. So kommen wir allmählich dazu, daß die Landwirtschaft in ihrem Teil Exportartikel schafft. Heuer wurden 22 1/2 Proz. mehr Zuckerrüben angebaut oder rund 70 Proz. unserer Friedensanbaufläche, trotz des Wiedereinstiegs der Zuckerverbrennung. Die Hebung des Zuckerrübenanbaus beeinflusst den Gesamtbetrieb der Landwirtschaft. Wir sind mit dem heutigen Ertrag in der Lage, den Inlandsbedarf an Zucker wie im Friedensjahr 1913/14 zu befriedigen. Wir müssen aber versuchen, durch Wiederrückführung des Friedenszustandes einen Exportartikel in Zucker zu erlangen. Auf eine weitere Anfrage, in der auf die kleinlandwirtschaftlichen Betriebe Württembergs hingewiesen wurde, betonte Dr. Hermes, daß die Schwierigkeiten der kleinen Landwirte durch den Zusammenschluß im Genossenschaftswesen überwunden und auf diese Weise auch eine Produktionssteigerung durchgeführt werden könne.  
(Schluß folgt.)

**Aus Stadt und Land.**  
Calw, den 11. Juli 1921.  
**Freigabe des Handels mit alten Heeresgütern aus Leder.**  
Durch eine Verfügung des Reichswirtschaftsministeriums wird das Verbot des gewerblichen Handels mit getragenen Militärhahnenwerk und den sonstigen gebräuchlichen Heeresgütern aus Leder, sowie das Verbot des Angebots und der öffentlichen Ankündigung von Anläufen und Verkäufen solcher Waren aufgehoben.  
**Autmaliges Wetter am Dienstag und Mittwoch.**  
Zwar steht im Westen ein kräftiger Hochdruck, aber über Süddeutschland bilden sich wieder starke Luftsenkungen aus. Am Dienstag und Mittwoch ist deshalb warmes, vielwolkenwittiges Wetter zu erwarten.

**Kleine Anfrage**  
an d...  
Die Abg. Aug. W...  
eine Anfrage eingeb...  
ist der ihnen...  
Körperliche Steuer...  
Teil vergütet wor...  
Finanzministerium...  
gemeinden der re...  
**Die leichte Besetzung**  
Beginn der wärmeren...  
und der Monate Mai...  
Landwirtschaftl...  
Während der Genera...  
angenehmlich. Viel...  
Land zu vermitteln...  
Kassierung: Maler, W...

**Strig**

**Paul**

**Herren-E**  
mit schönen farb...  
Dikee-Einsätzen...  
bergestellt, weiß...  
43., 46., 50.

**Ein Posten**  
mit dunklen Ein...  
fe

**Trikothem**  
baumwollen...  
kleine Herrengrö...  
Mk. 30.—, 35.—  
mittlere Herrengr...  
Mk. 30.—, 35.—  
große Herrengrö...  
Mk. 32.—, 37.—

**Herren**  
aus gutem...  
Turnerjacke

**Leichte**  
glatt und

**Karl**  
Bie...  
Leite...  
und...  
verschiedene...  
ei...  
Dasselbst...  
ist ein 2rädert...

**Kleine Anfrage betreffend den Gemeindeanteil an den Reichssteuern.**

Die Abg. Aug. Müller und Taxis (Sp.W.) haben folgende kleine Anfrage eingebracht: Einer größeren Anzahl von Gemeinden ist der ihnen garantierte Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer vom Rechnungsjahr 1920 bis jetzt nur zum Teil vergütet worden. Dadurch sind viele Gemeinden in finanzielle Schwierigkeiten geraten, so daß eine geordnete Weiterführung der Verwaltung in Frage gestellt ist. Ist das Staatsministerium bereit, Schritte zu unternehmen, daß den Gemeinden der restliche Anteil alsbald ausbezahlt wird?

**Lage des württ. Arbeitsmarktes im Mai und Juni 1921.**

Die leichte Besserung der Arbeitsmarktlage, die mit dem Beginn der wärmeren Jahreszeit eingeleitet hatte, hielt während der Monate Mai und Juni an. Vor allem erwies sich die Landwirtschaft für Arbeitskräfte aufnahmefähig. Während der Heuernte stieg die Zahl der Stellenangebote außerordentlich. Bierschlag gelang es, Industriearbeiter auf das Land zu vermittelten. — Auch das Baugewerbe nahm einen Aufschwung: Maler, Maurer und Zimmerleute wurden in so

großer Zahl benötigt, daß der Nachfrage nicht immer entsprochen werden konnte. — Die Bekleidungsindustrie, die nach dem flauen Geschäftsgang des Winters beim Saisonwechsel wieder mehr Arbeitskräfte angefordert hatte, konnte diese noch weiterbeschäftigen. — Keine Besserung erfuhr die Lage des Arbeitsmarktes in der Metallindustrie und im Wohnungs- und Genussmittelgewerbe; in diesen Geschäftszweigen sind noch viele Arbeitslose vorhanden. — Auch für ungelernete Arbeiter bot sich wenig Beschäftigungsmöglichkeit. Die Zahl der Arbeitnehmer in der Textilindustrie hat sich wenig verändert. Weibliche Arbeitskräfte für städtische Haushaltungen und ländliche Gutsbetriebe sind nach wie vor gesucht. Die Zahl der Erwerbslosen ging weiter zurück. Am 1. Mai bezogen ungefähr 8500 Personen die volle Unterstützung, am 1. Juni waren es etwa 7900 und am 1. Juli etwa 5000.

**Vom Obst- und Gemüsemarkt.**

(SGB) Stuttgart, 1. Juli. Nach den Mitteilungen der Zentralvermittlungsstelle des Württ. Obstbauvereins hat der Obstmarkt starke Zufuhr. Die Kirscheln kommen jetzt vom Neuffener und Renninger Tal, die Unterländer sind vorüber.

Die Nachfrage nach Kirscheln scheint etwas nachzulassen. Es wiederholt sich das Bild der Vorkriegszeit: für die gehaltenen Früchtirischen reißende Nachfrage, für die ausgezeichneten Spätfrüchtigen geringes Interesse. Stachelbeerpfeife gehen aufwärts, Johannisbeerpfeife sind stetig, zu Marktende zurückgehend. Himbeerpfeife steigen anhaltend, die Ernte war für die große Nachfrage viel zu gering. Frühäpfel, Weißer Klarapfel und Roter Astrachan, Glasbirnen, Juli Dehansbirne und Bunte Julibirne wurden zu 3-3,50 M angeboten, Frühpfirsiche zu 5 und 6 M das Pfund. Badische Frühbirnen hielten wesentlich niedrigere Preise. Italienische Pfäumen 4,50 M brutto für netto. Die Marktlage wird immer mehr vom Publikum beeinflusst, der Marktbeginn artet wieder zum Wettrennen aus. — Der Gemüsemarkt ist sehr gut befahren. Bei Bohnen, Zwiebeln und Blumenkohl ist ein wesentlicher Preisrückgang eingetreten, Rhabarber ist wenig begehrt. Die übrigen Gemüsearten halten die Preise, Angebot und Nachfrage gleichen sich aus.

Für die Schriftleitung verantwortlich J. B.: W. N u o l p h i, Calw. Druck und Verlag der A. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

**Freig ist die Ansicht**

Anzeigen-Reklame wirke preissteigernd auf die Ware, da diese Kosten auf die Ware geschlagen werde

**Richtig ist die Ansicht**

daß Geschäfte die Reklame machen, rascheren Absatz und somit größeren Umsatz erzielen, beides zusammen ermöglicht Ihnen, sich mit geringerem Nutzen zu begnügen

**Sie haben also recht**

wenn Sie bei Ihren Einkäufen den Anzeigenteil dieses Blattes zu Rate ziehen.

**Zugelaufen ein gelber Halbhund** (Hündin). Abholungsfrist 8 Tage gegen Ertrag der Futterkosten u. Einrichtungsgebühr. Welschstadt, den 9. Juli 1921. Stadtschuttheißenamt: Sch ü g.

Bei der Versammlung am Sonntag, den 10. ds. Mts., im Gasthaus z. Röhle in Neuhengstett ist ein schwarzer **Filzhut** abhanden gekommen oder vermischt worden. Es wird gebeten, denselben im Röhle zurückzugeben oder umzutauschen.

**Paul Räuchle**  
Calw

\*  
Herren-Einsatzhemden

mit schönen farbigen und ganz weißen Dikee-Einsätzen, Kumpf aus besten Garnen hergestellt, weiß u. gelb Mk. 34.—, 35.—, 43.—, 46.—, 50.—, 55.—, 59.—, 61.—, 78.—

Ein Posten Einsatzhemden mit dunklen Einsätzen Mk. 25.—, 30.— sehr billig

Trikothemden für Herren baumwollen und wollgemischt kleine Herrengößen: Mk. 30.—, 40.—, 50.—, 55.— mittlere Herrengößen: Mk. 30.—, 35.—, 40.—, 45.—, 50.—, 55.— große Herrengößen: Mk. 32.—, 37.—, 42.—, 47.—, 52.—, 56.—

**Herrenhemden** aus gutem karierten Flanell. Turnerjacken. Netzjacken. Leichte Unterleibchen glatt und porös für Sommer.

Calw

**Fahrnis-Versteigerung**

Am Dienstag, den 12. ds., von nachmittags 1/2 2 Uhr ab verkaufe ich im Auftrag, im Hause Biergasse 151, II. Stock, folgende Gegenstände:

1 grüne Plüsch-Garnitur, bestehend aus: 1 Sofa, 2 Fauteuils 4 Polsteressel, 1 roten Plüschsofa, Fensterhissen, Vorhanggalerien, 1 Portiere aus rot Samt, 1 Pelzvorlage, Lampenbekleidungen, 1 Bodenteppich, 2 Kommoden, 1 Nachtschle, 1 Bettstelle mit Kofft, 1 Reisekoffer, 1 Wandspiegel, 1 Konjoll, 1 Liegestuhl, 1 Spazemaschine, 1 Gaslampe, 1 Schüsselbrett, verschiedene Bilder, Musiknoten und Bücher; verschiedener Hausrat.

Stadlinventierer K o l b.

Ottensbronn, den 11. Juli 1921.

**Dankagung.**



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters, Großvaters und Schwiegervaters **Jakob Waidele** Straßenvärter a. D. erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, den Herren Ehrenträgern, für die Kranzniederlegung seiner Kollegen, den erhebenden Gesang und die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte sagen auf diesem Wege herzlichen Dank

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

**Bruchkranke** können ohne Operation und Berufsfortsetzung werden. Sprechstunde in Pforzheim Bahnhof Pforzheim am 15. Juli von 9-1 Uhr. Dr. med. Knopf, Spezialarzt für Bruchleiden. Liebenzell. Wegen Krankheit meiner Frau verkaufe ich eine gute **Milch- u. Schaff-Ruh** auch zum Schlachten geeignet. Heinrich Holzäpfel. Eine weiße **Gannen-Ziege** sowie 2 jüngere reifbarige **Ziegen** verkauft Jakob Hennefarth, Schießställe bei Calw. Eine 1jährige **Ziege** samt einem Jungen verkauft. Wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Geschwister Kleemann.**

Großes Lager in **Einmachgläser, Eindunstgläser** **Eindunstflaschen** sowie sämtliches **Glas und Porzellan.**

Am Jahrmarkt ist neben dem Gasthaus z. Ochsen zu haben: **schönes Hafnergeschirr**, darunter auch ein Posten **Beerhäfen, Schmarerkerben u. s. w.** Große Auswahl! Billige Preise!

**Paul Räuchle, Calw.**

Starke wollene **Anzugstoffe**

140 cm breit, Mk. 31.50

Sommerjoppen von 60.— Mark ab

Blaue Arbeitsanzüge  
Blaue Arbeitsjoppen  
Blaue Arbeitsjoppen  
Starke Arbeitsjoppen  
aus Hofenzug und Englisch-Leder für Herren, Burschen und Knaben

Hosenträger Socken.

**Karl Stoll aus Calw**

kommt mit einer großer Auswahl **Schuhwaren** am Markttag auf den Marktplatz 1000 die Marktbesucher höflich eingeladen werden. Suche per sofort ein weiteres **Mädchen** Ein weiteres **Mädchen** für Küche- und Hausarbeit gesucht. Hotel Waldhorn, Calw.

**Drucksachen** liefert rasch u. sauber die Druckerei dies. Blattes.

**Karl Stüber**

Biergasse

**Leiterwagen und Räder**

verschiedener Größe, sind wieder eingetroffen.

Dasselbst ein **2rädiger Handkarren** zu verkaufen.

**Zugelaufen gelber Halbhund** Derselbe kann abgeholt werden gegen Ertrag des Futtergeldes und der Einrichtungsgebühr bei G. Kenz, W. Wärtter Stat. Leinaach

**Tüchtiger Schildpatt-Arbeiter** mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, nach Pforzheim gesucht. Angebote unter F W 157 an die Geschäftsstelle d. Bl.

# Total-Ausverkauf.

Meiner werthen Kundschaft zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich ab 1. August mein Detailgeschäft geschlossen habe, ~~das~~ mein Engros-Geschäft aber in unveränderter Weise weiterführe. Ab Mittwoch, den 13. Juli, werde ich mit dem Ausverkauf beginnen und ist meinen werthen Kunden Gelegenheit geboten, sich mit guter und billiger Ware einzudecken. Zum Verkauf bringe ich große Posten gute abgelagerte Zigarren, sowie 2 bis 3000 Pakete rein überseeischen Rauchtabak. Auf sämtliche Waren gewähre ich 20% Rabatt.

Robert Ott, Tabakwarengroßhandlung, Calw, Salzgasse, Fernsprecher Nr. 133.

Zur Lieferung von

**Kupfern. Kochgeschirr** jeder Art  
**Kupf. Waschkessel, Wasserhähne**  
**Brennereien** verschiedener Systeme  
**Depflematoren** zum Feindrennen,  
**Vormaischbottiche** mit Rührwerk für Hand- u. Kraftbetrieb  
**Rührschlangen** bewegliches System mit Hebelwerk hält sich bestens empfohlen bei mäßigen Preisen

**Erich Schwarz**  
 Kupferschmiede u. Apparatebau  
 Calw Metzgergasse 322.

**Kernseife**  
**Seifenpulver**  
**Schuh- u. Wagenfett**  
**Bodenöl**  
**Maschinenöl**  
**Motorenöl**  
**Treibriemenwachs** empfiehlt

**R. Hauber.**

**Paul Räuchle**  
 Calw

**Bettenstoffe**

Bettbarchent, blau-weiß  
 " einfarbig rot  
 " rot-rosa  
 " rot-gold  
 " roh-weiß  
 Flaumtüll, blau-weiß  
 " einfarbig-rot

**Vorstößzeuge**  
**Bettfedern**  
 grau und weiß.

Anfertigung von Betten und einzelnen Bettstücken in kürzester Zeit.

**Paul Räuchle, Calw.**

**Für Leib- u. Bettwäsche:**

roh Baumwolltuch, 80—86 cm breit, 8.50, 9.50, 10.50, 11.— Mk.  
 weiß Baumwolltuch, 80 cm breit, 9.50, 10.50, 11.50, 12.—, 14.—, 15.—, 16.— Mk.  
 150—160 cm breit für Leintücher:  
 roh Baumwolltuch 22.— Mk.  
 weiß Baumwolltuch 28, 30, 36 Mk.  
 weiße und farbige Betttücher von 38.— Mk. ab

**160 cm breit Halbleinen**  
 sehr kräftige Ware, Mk. 42.—

**Bettbezugstoffe:**  
 130 cm weiß Damast Mk. 30.—, nur solange Vorrat einfach und doppeltbreit Zig  
 viele einfach und doppeltbreite Bettzeuge in nur guten Qualitäten und besten Farben.

*Rillen im Innern des Baues des Wäpfl!*



*Sie ist mir möglich mit albernem Wäpfl mein: FLAMMER. Traif u. Traifpulver.*

HERSTELLER KRAEMER & FLAMMER, HEILBRONN

1 neuen **Waschkessel**, (verstellbar)  
 1 **Waschmaschine**, (System Kraus)  
 1 **Bogengaslampe**, (verzinkt) mit Zug, 1 kleinen **Zimmerofen** hat zu verkaufen.  
 J. Brodbeck, Schlossermeister.

**Wohnungsaufsch.**  
 Vertauscht seine Wohnung in Calw oder Umgebung gegen eine in Pforzheim? Angebote unt. B. N. 157 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Geschwister Kleemann.**  
 Sommerjoppen, Zeltbahnjoppen  
 Blaue Anzüge, engl. Lederhosen  
 Zeughosen  
 und prima Sonntags-Hosen zu billigsten Preisen, für Knaben, Burschen und Herren  
 Ein großer Posten **Gestrickte Anzüge** 85 und 98 Mark.

**Geschwister Kleemann.**  
 Wollene Anzugstoffe 140 breit, 31,50 Mark  
 Hemdenflanelle von 11 Mark an  
 Bettkattune und Bettzeugle von 15 Mark an  
 Schürzenstoffe von 15 Mark an  
 Weiße Flanelle  
 Blau-weißen Bettbarchent  
 Dirndlstoffe, Blusenstoffe  
 Kleiderstoffe, englisch Leder.

Empfehle mein Lager in **Haushalt-Artikeln**  
 Glas — Porzellan — Email — sowie  
 sämtliche Gläser für die Einmachzeit  
 Eindrünst-Apparate

Tel. 114 **Karl Stüber** Biergasse.

**Brustneze, Ohrenkappen**  
**Rucksäcke, Samaschen**  
**Sommerdecken, Bettchen**  
 sowie sämtliche Geschirrtelle empfiehlt

**Otto Weißer, Sattlerei, Kronengasse.**

**Wilh. Wackenhuth, Calw**

**Milchseparatoren und Butterfässer**

Habe **einen Posten schöner Reste zu Anzügen**  
 billig zu verkaufen  
**Gottlieb Bacher, Schneidemeister** Bischofstraße 468  
 Kann jederzeit angesehen werden.

**Etwas Gutes** für Haare und Haarboden ist **Brennessel-Haarwasser** und **Birken-Haarwasser**  
 Zu haben: K. Otto Vinçon

**Möbl. Zimmer** für sofort gesucht. Zu erfragen bei **Pfannkuch & Co.**  
 Unterhaltener, blauer

**1 Paar Lauben** (Starkdecken) ausnahmsweise schön hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Kinder-Liegewagen** zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Nr. 159.  
 Die französische...  
 Paris, 11. Juli. In der...  
 General Veron...  
 Die französische Regierung...  
 Paris, 11. Juli. In der...  
 General Veron...  
 Die französische Regierung...  
 Paris, 11. Juli. In der...  
 General Veron...  
 Die französische Regierung...